

## Bundesrat billigt Ausbau der Ganztagschulen bis 2025

Utl.: Nationaler Bildungsbericht 2015 zeigt Mangel an  
Chancengerechtigkeit im heimischen Schulwesen =

Wien (PK) - Der flächendeckende Ausbau der Ganztagschule bis 2025 ist mit heute gesetzlich fixiert. Der Bundesrat hat dem Vorhaben mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und den Grünen mehrheitlich zugestimmt. Der Nationale Bildungsbericht 2015 wurde außerdem von der Länderkammer ohne die Stimmen der Freiheitlichen zur Kenntnis genommen.

Bis 2025 nimmt der Bund für den Ausbau der Ganztagschulen 750 Mio. € in die Hand. Dann soll es flächendeckend ganztägige Schul- und Betreuungsangebote in maximal 20 km Entfernung zum Wohnort geben. Das Geld stammt aus der Abschlagszahlung für die gesenkte Bankenabgabe. Über ein Drittel der Mittel können die Bundesländer für ganztägige Schulformen im Pflichtschulbereich verfügen. Um Doppelförderungen zu vermeiden, werden in den ersten beiden Jahren nur verschränkte Ganztagschulen gefördert, in denen Unterricht, Lern-, Ruhe- und Freizeitphasen einander abwechseln. Gesetzliche Grundlage dafür bildet das Bildungsinvestitionsgesetz.

Mit Verweis auf die jüngsten Ergebnisse der internationalen PISA-Studie kritisierte Rosa Ecker (F/O), dass für 2017 zu wenige Mittel für Bildungsinvestitionen eingeplant seien. Abgesehen davon, dass die Mittel aus ihrer Sicht nicht reichen werden, ist deren Verwendung für die verschränkte Form der Ganztagschule abzulehnen. Mit Blick auf die Infrastruktur seien Österreichs Schulen dafür nicht gerüstet. "Warum lassen wir die Kinder nicht wenigstens am Nachmittag noch Kinder sein", appellierte Ecker. Sie würde in der Bildungspolitik vermehrt in der frühkindlichen Förderung ansetzen. Dass die Gelder für den flächendeckenden Ausbau nicht reichen werden, meinte auch Fraktionskollegin Monika Mühlwerth (F/W). Zudem befürchtet sie, dass die verschränkte Form der Ganztagschule zu Lasten der Wahlfreiheit geht.

Von Seiten der SPÖ sprachen sich Elisabeth Grimling (S/W) sowie Daniela Gruber-Pruner (S/W) für den Ausbau der Ganztagschulen bis 2025 aus. Alle SchülerInnen, auch jene aus sozial schwächeren Familien, würden damit ein optimales Lernumfeld erhalten, würden individuell unterstützt und gefördert und könnten so ihre Leistungen

steigern, zeigte sich Grimling überzeugt. Zudem machte sie darauf aufmerksam, dass in Österreich vermehrt Frauen in Teilzeitjobs arbeiten. Laut Statistik Austria hätte rund die Hälfte der Frauen als Grund für ihre Teilzeitarbeit Betreuungspflichten oder andere familiärer Verpflichtungen angegeben. "Aus Sicht einer begeisterten Lehrerin" sprach sich Ana Blatnik (S/K) ebenfalls für das ganztägige Schulsystem aus. Man ermögliche damit SchülerInnen mehr Zeit in der Schule, die aber keine Zwangsschule sei. Das alte Schulsystem sei nicht mehr zeitgemäß, die Gesellschaft habe sich verändert und stelle andere Anforderungen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde u.a. von Josef Saller (V/S) angesprochen. Für ihn und seine Fraktion sei insbesondere die Wahlfreiheit für Familien von Bedeutung. Es gehe um einen qualitätvollen Ausbau ganztägiger Schulformen, es gebe nämlich große regionale Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Gebieten. Alles in allem sei das Vorhaben, die Ganztagschulen auszubauen, ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Bildungsangebote. "Es geht um die Zukunft", bekräftigte Angela Stöckl-Wolkerstorfer (V/N), Familien sollten dennoch nicht zu verschränkten Ganztagsangeboten gezwungen werden. Sie sprach sich für mehr schulische Autonomie aus, im Bildungsbereich müssten zudem, abgesehen von ideologischen Betrachtungsweisen, jahrzehntelang bestehende Gräben zugeschüttet werden.

Die Grünen stimmten dem Bildungsinvestitionsgesetz zwar auch zu, sie hätten sich aber erwartet, mehr Geld dafür in die Hand zu nehmen, wie David Stögmüller (G/O) für seine Fraktion geltend machte. Österreich brauche ein Bildungssystem, das nicht vererbt und flächendeckend ausgebaut wird sowie mit der Frühförderung beginnt. "Heute beschließen wir ein Flickwerk und keine dauerhafte Lösung", bemängelte der Bundesrat.

Hammerschmid: Ganztagschule durch innovative Pädagogik mit Leben erfüllen

"Pisa ist ein Blick in das System, den ich sehr ernst nehme", sagte Bildungsministerin Sonja Hammerschmid. Es sei sehr besorgniserregend, dass österreichische SchülerInnen im internationalen Vergleich nur im Durchschnitt liegen. "Der Durchschnitt ist mir für die Zukunft unserer Kinder zu wenig", so die Ministerin. Sie will alles daran setzen, dass Österreich zu den Spitzenländern in Europa gehört.

Geht es um das Bildungsinvestitionsgesetz, müsse die ganztätige Schulform nun mit Leben und innovativer Pädagogik erfüllt werden. Die Ganztagschule ermöglicht aus ihrer Sicht die Möglichkeit, mit schwächeren SchülerInnen auch inklusiv zu lernen, gleichzeitig aber auch talentierte SchülerInnen zu fördern. "Wir müssen mutig gestalten. Packen wir's an!", appellierte Hammerschmid, wichtig sei hierfür auch eine Autonomie für Schulen.

Gegenüber der FPÖ-Kritik, wonach die Mittel nicht für den Ausbau reichen würden, verwies die Ministerin auf die im Gesetz erläuterten Kofinanzierungsmodelle.

Diskussion über Status quo des heimischen Bildungssystems

Glaut man dem jüngsten Nationalen Bildungsbericht, erstellt vom BIFIE, ist Österreich noch weit entfernt vom Ziel, gleiche Bildungschancen für alle zu gewährleisten. Demnach hat ein Drittel der österreichischen Volksschulkinder ein erhöhtes Risiko, in der Schullaufbahn zu scheitern. Gründe dafür seien nichtdeutsche Alltagssprache, bildungsferner Haushalt beziehungsweise niedriger Berufsstatus der Eltern. Wie die Politik hier entgegenwirken kann bzw. welche Änderungen notwendig sind, dazu liefern die Parteien unterschiedliche Ansätze.

Mit Kritik am Bildungssystem sparte Monika Mühlwerth (F/W) auch in der Debatte über den Bildungsbericht nicht. Das heimische Schulsystem ist aus ihrer Sicht nämlich an die Wand gefahren. Die Schere zwischen SpitzenschülerInnen und schlechten SchülerInnen gehe immer weiter auseinander. Nach der Einführung der Gesamtschule komme nun noch die Ganztagschule, ein Problem gebe es zudem mit ausländischen SchülerInnen. Der wesentlichste Punkt ist für sie die Qualität der LehrerInnen.

Die verschränkte Ganztagschule verteidigte Daniela Gruber-Pruner (S/W), diese Form würde den Bedürfnissen der Kinder am besten entgegenkommen und Bildungsvererbung entgegensteuern. Außerdem sei nicht das System in den Mittelpunkt zu stellen, sondern das Kind.

Marianne Hackl (V/B) machte darauf aufmerksam, dass bereits in der Volksschule ungleiche Bildungschancen zum Vorschein kommen würden. Aus ihrer Sicht sollten keine Experimente mit Kindern gemacht, sondern Kindertalente gefördert werden. Nicht die "Gleichmacherei" sei die Zukunft. Hackl sprach sich zudem für Autonomie in den Schulen

und Klassen aus.

Der Bericht zeige zahlreiche Problemfelder auf, Ministerin Hammerschmid habe mit den Grünen einen Partner, wenn es um zukunftsfähige Bildungspolitik geht, sagte David Stögmüller (G/O). Als essentiell hält er etwa eine umfassende Medienkompetenzausbildung für PädagogInnen.

Digitalisierung: Gesamtstrategie soll Anfang 2017 vorgestellt werden

Geht es nach der Ministerin, zeigt der Bildungsbericht 2015, dass es notwendig ist, mutige und innovative pädagogische Konzepte zu erarbeiten. Die Gesellschaft und die Arbeitswelten hätten sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert, Schule müsse neu gedacht werden. Den Kindern dürfe in der Elementarpädagogik oder in der Schule nicht die Kreativität und Neugier genommen werden. Dafür müsse man den PädagogInnen die erforderlichen Werkzeuge in die Hand geben. Wesentlich sei es auch, die Mittel entlang des Chancen-Index zu verteilen, zudem will sie sich u.a. besonders auf die Elementarpädagogik konzentrieren. Schon im Kindergarten sollten Bildungsziele und ein Qualitätsrahmen entwickelt werden, um den Übertritt in die Schule bestmöglich zu gestalten.

Zur Zeit arbeitet das Bildungsressort zudem an einer Gesamtstrategie zum Thema Digitalisierung, wie Hammerschmid die Länderkammer informierte. Diese soll Anfang nächsten Jahres vorgestellt werden.  
(Fortsetzung Bundesrat) keg

~

Rückfragehinweis:

Pressedienst der Parlamentsdirektion  
Parlamentsskorrespondenz  
Tel. +43 1 40110/2272  
mailto:pressedienst@parlament.gv.at

<http://www.parlament.gv.at>  
[www.facebook.com/ParlamentWien](http://www.facebook.com/ParlamentWien)  
[www.twitter.com/oeparl](http://www.twitter.com/oeparl)

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/172/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER

INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0166 2016-12-21/19:55

211955 Dez 16

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20161221\\_OTS0166](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20161221_OTS0166)